

satz zu den anderen EU-Staaten seine Hausaufgaben beim Klimaschutz fast erfüllt habe. Die Bundesregierung hatte für das Kyoto-Protokoll zugesagt, die sechs relevanten Treibhausgase (dazu zählen neben CO₂ unter anderem Methan, Fluorchlorkohlenwasserstoffe oder Distickstoffoxid [N₂O]) zwischen 2008 bis 2012 gegenüber dem Referenzjahr um 21 Prozent zu senken. Das aktuelle Minus liegt schon bei 19 Prozent, was zum großen Teil dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland zu „verdanken“ ist.

Dazu beigetragen hat nach Einschätzungen von Joachim Hein, BDI-Referent für Klimapolitik, auch die freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Industrie, bis zum Jahr 2012 ihre CO₂-Emissionen um 45 Millionen Tonnen zu senken. „Wir liegen gut im Plan und werden die restlichen zwei Prozent auch ohne einen Systemwechsel schaffen.“

Für den BDI-Mann ist es ein Unding, dass diese Vorleistungen, im Fachjargon auch early action genannt, beim Emissionshandel unberücksichtigt bleiben sollen. „Schein-

heilig“ nennt Jürgen Hacker diese Haltung. „All das, was in den Neunzigerjahren an Energieeffizienzmaßnahmen gemacht worden ist, wäre auch ohne die Prämisse Klimaschutz gemacht worden, weil die Innovationszyklen einfach anstanden und sich der Austausch von Kesselanlagen oder verbesserter Wärmeschutz ohnehin rechnet“, bescheinigt der Chef der Umwelt Management Beratung Hacker GmbH der Industrielobby ein falsches Spiel. Der Klimaschutz habe die deutsche Industrie bislang kein Geld gekostet. Jetzt, da wirklich der Griff ins Portemonnaie bevorstehe, fange das große Heulen an.

So sieht es auch die straighte Schwedin Wallström in Brüssel, die sich vom Widerstand der deutschen Strom-, Chemie- und Kohlebosse bislang nicht beeindruckt ließ. Auch

dänische Regierung hat unmissverständlich angekündigt, während der derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft das Regelwerk für den Emissionshandel endgültig auf die Bahnen zu bringen. Der federführende hagerer Umweltminister Christian Schmidt hat bei den zahlreichen Änderungs- und Lösungswünsche aus den Mitgliedern an der Richtlinie abzuwehren. Für die letzte Septemberwoche zudem die erste Lesung im Europäischen Parlament geplant – Wallström freut's.

Diese Signale sind bei Klausurkabelitz, dem Bereichsleiter Volkswirtschaft/Energiewirtschaft beim Energiekonzern, angekommen: „Längst nicht mehr die Frage, ob die Richtlinie kommt, sondern nur wie.“ Seine Worte haben Ge-

Ein internationales Umweltribunal“ Gorbatschow über seine Erwartungen zum Johannesburg-Gipfel



dass positive Veränderungen ermöglicht sein werden, wenn sich das Bewusstsein der Menschen nicht grundsätzlich verändert. Unsere gedankenlose Konsumzivilisation hat sich erschöpft.

NE: Kann die Rio-Nachfolgekonferenz in Johannesburg die Wende bringen?

Gorbatschow: Ich erwarte von Johannesburg programmatische Entscheidungen, die in die Zukunft weisen, nicht nur auf ökologischem Gebiet. Doch bin ich sehr

besorgt über den Stand der Vorbereitungen des Gipfels, das was wir aus Bali hörten. Ich sehe die Gefahr, dass man von der Agenda der nachhaltigen Entwicklung wieder abkommt und stattdessen nur Thesen der freien Marktentwicklung propagiert. Denn wenn sich die Globalisierung weiter ungeregelt entwickelt, spitzen sich alle Probleme zu. Eine riesige Ladung von Dynamit bedroht unsere Zukunft.

NE: Was muss getan werden, um ein Scheitern des Erdgipfels zu verhindern?

Gorbatschow: Green Cross International hat bereits 70 führende Staatsmänner angeschrieben, und wir haben uns auch offiziell an Präsident Putin mit unseren Vorschlägen gewandt. Die Stimme Europas, Deutschlands und Russlands muss gemeinsam in vielen Sälen Johannesburgs klingen, um für die Staatengemeinschaft neue Maßstäbe zu setzen.

Interview: Hans-Christoph Neidlein

tional

Die internationale Umweltorganisation Green Cross International wurde 1993 vom früheren Präsidenten der Sowjetunion gegründet, um nach dem Rio-Gipfel weltweit voran zu bringen. Green Cross International arbeitet mit nationalen Organisationen in Deutschland. Arbeitsschwerpunkte der Umweltorganisation sind die Prävention von Wasserkonflikten, die rationelle Energieverwendung, die Minderung von Kriegsfolgen. Green Cross International hat prominente Persönlichkeiten unter anderem Redford aus den USA, Nadine Gordimer und Jacques Cousteau aus Frankreich.

Während ihrer EU-Ratspräsidentschaft wagt Dänemark den Emissionshandel verabschieden

nicht Ende Juni: Wie so oft hatte sich Bundeswirtschaftsminister Werner Müller der Großkonzerne angenommen. Zusammen mit Verkehrsminister Kurt Bodewig drängte er Kanzleramtsminister Franz-Walter Steinmeier, dass der EU-Ministerrat dem Emissionshandel nur einstimmig einführen dürfe. Die Kommission und die Mehrheit der 15 Mitgliedsländer hatten zwischenzeitlich deutlich signalisiert, dass ihnen für das Placet eine qualifizierte Mehrheit ausreicht.

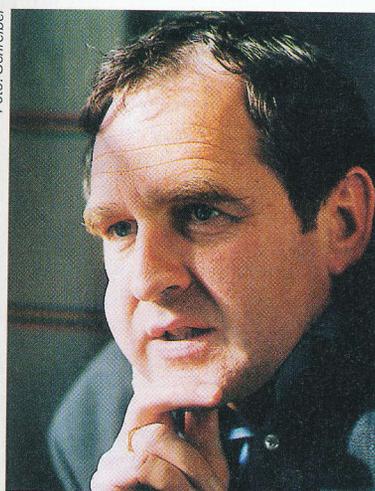
Müllers und Bodewigs Schreiben kommt nicht von ungefähr: Die neue

Kabelitz war jahrelang als Referent für Umweltpolitik beim BDI tätig. Die Fundamentalopposition der deutschen Industrie, so der BDI-Manager jüngst auf einer Europaforum-Konferenz in Hamburg, ist ein Fehler gewesen, jetzt kommt es drauf an, „noch auf den Zug aufzuspringen.“ Seine Erkenntnis: „Der Emissionshandel mitspielt, wird die Chancen nutzen. Wer nicht, ist relativer Verlierer.“

Vor ihrer Chuzpe hatte Reinhard Loske, umweltpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, die deutsche Industrie jahrelang gewarnt: „Die Karawane der Emissionshandelsgesetze geht weiter, während der Hund heulend am Wegesrand bleibt.“ Sprich, die EU-Länder bestimmen die Regeln. Auch wenn Kanzler Steinmeier sich zwischenzeitlich bei einer Sitzung des Chemiekonzerns BASF nach einem Bericht der SÜDDOITSCHEN ZEITUNG klipp und klar den Emissionshandel ausgesprochen hat (Zitat: „Das brauchen wir nicht, bleibt Loske bei seiner Einschätzung.“ „Emission trading ist nicht das entscheidende Instrument für den Klimaschutz, sondern nur eine vieldiskutierte Option, die wir auch nutzen sollten.“)

Der Umweltwissenschaftler weiß genau, dass bei der EU-Ratslinie noch massig Arbeit wartet. Er beginnt bei der Frage, wie die

Foto: Schreiber



Reinhard Loske, umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen